

Zukünftig können Schwerstabhängige Heroin auf Rezept bekommen. Das hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag beschlossen. Voraus ging dieser Abstimmung, bei dem der Fraktionszwang aufgehoben war, ein jahrelanger Streit.

Endlich ist beschlossen, was in der Praxis längst bewiesen war: Schwerstabhängige, denen auch die Ersatzdroge Methadon nicht mehr geholfen hatte, konnten mit kontrollierter Heroin-Ausgabe wieder ein geregeltes Leben führen. Dazu waren Modellversuche in Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln und München durchgeführt worden. Nun hat sich auch der Bundestag dieser Realität gestellt und der Heroinabgabe auf Rezept zugestimmt.

Festgestellt wurde im Modellversuch auch, dass die Beschaffungskriminalität, die Prostitution und soziale Verelendung gestoppt werden konnte. Insgesamt haben über 1000 Testpersonen an diesen Modellversuchen teilgenommen. Die Ergebnisse waren eindeutig, und 9 Prozent der Abhängigen gelang sogar der komplette Ausstieg aus der Droge. Dennoch hatte sich die Union bis zuletzt geweigert, der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes zuzustimmen.

Abgeordnete von SPD, FDP, Grünen und Linkspartei hatten einen gemeinsamen Antrag in den Bundestag eingebracht. Mit der Änderung des Betäubungsmittelgesetzes heute, geht auch ein langjähriger Wunsch der Aids-Hilfe in Erfüllung. "Die Veränderung des Betäubungsmittelgesetzes rettet Menschenleben. Gerade die Heroinabhängigen, bei denen alle

anderen Behandlungsoptionen nicht den gewünschten Erfolg brachten und die bisher unter menschenunwürdigen Bedingungen leben mussten, bekommen nun eine Möglichkeit, den Ausstieg aus dem Kreislauf von Illegalität und Beschaffungskriminalität zu finden", sagte am Donnerstag Hansmartin Schön, Bundesvorstand der Deutschen Aids-Hilfe e.V.

Mit der Freigabe des Heroins auf Rezept lassen sich auch die Risiken einer Infizierung mit Aids senken, da die Süchtigen sich nun Heroin unter ärztlicher Aufsicht und mit sauberen Nadeln spritzen können. "Dieser Schritt war längst überfällig", ergänzt Dirk Schäffer, Referent Drogen und Strafvollzug in der DAH, der Deutschen Aids-Hilfe.

Der Suchtbeauftragte der Bundesärztekammer, Ingo Flenker, geht davon aus, dass "zwischen 4000 und 6000 Betroffene" für eine staatliche Heroinbehandlung in Frage kommen werden.